



Foto: Jens Braune

Egal, ob Rente mit 67, unsichere Arbeitsplätze, Sozialabbau oder die Ausbreitung der Leiharbeit: Gründe gibt es genug, um am 24. Februar im Betrieb aktiv zu werden.

Arbeit – sicher und fair

BUNDESWEITER BETRIEBLICHER AKTIONSTAG AM 24. FEBRUAR

Frühjahr 2011: Die Zahl der Leiharbeiter erreicht mit mehr als einer Million einen neuen Höchststand, davon gehen die Leiharbeitsverbände aus. Jede und jeder Einzelne von ihnen hat damit weder eine sichere noch eine fair bezahlte Arbeit. Vor allem die junge Generation ist betroffen. Hunderttausende junger Menschen gehen mit unsicheren Perspektiven ins Berufsleben. Dagegen setzen wir uns zur Wehr. Der Druck in den Betrieben steigt (siehe Artikel rechts).

Arbeitsplätze: immer öfter unsicher und schlecht bezahlt

Mehr als ein Drittel der jungen Menschen hat keinen regulären Job, sondern ist arbeitslos oder prekär (befristet oder in Leihar-

beit) beschäftigt. 70 Prozent der Metall- und Elektrown-
ternehmen nutzen Leiharbeit, um ohne je-
de eigene so-
ziale Verpflichtung
möglichst billige Arbeitskräfte zu
beschäftigen.

Wir können diesen Katastro-
phenkurs nur gemeinsam stop-
pen. Deshalb fordern wir am 24.
Februar, dem Aktionstag für faire,
sichere und gleiche Arbeit:

- Festeinstellung statt Leiharbeit
- Unbefristete Arbeitsplätze
statt Befristungen
- Personalverantwortung statt
Ausgliederung von
Unternehmensteilen
- Faire Bezahlung statt
Billigarbeit über Werk- und
Dienstleistungsverträge
- Gesicherte Übernahme von
Azubis

Verantwortung übernehmen

Die negativen Entwicklungen sind
das Ergebnis verfehlter Politik.
Wir brauchen wieder Regeln, die
Arbeit sicher und fair machen,
statt die Menschen in Arbeitneh-
mer erster und zweiter Klasse
zu spalten. Dafür müssen wir Ar-
beitgeberverbände, Unternehmen
und Politik in die Verantwortung
nehmen. ■



KOMMENTAR VON ARMIN SCHILD



Es reicht

Mit den Herbstaktivitäten haben wir in eindrucks-
voller Weise gegen die Fehlentwicklungen in unse-
rem Land protestiert. Zehntausende beteiligten
sich im Bezirk Frankfurt an Aktionen und
Kundgebungen. Das war gut und wichtig.

Wir müssen Politik und Arbeitgebern weiter
gemeinsam zeigen, dass wir solidarisch sind. Die Spaltung in
Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse dürfen wir nicht hinneh-
men.

Im Februar und März finden die parlamentarischen Beratungen
über den unzureichenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur
Leiharbeit statt. Die IG Metall ruft am 24. Februar zu einem bun-
desweiten, betrieblichen Aktionstag für sichere und faire Arbeit
auf.

Über 80 Prozent der Menschen lehnen unfaire Leiharbeit ab. Sie
sehen in ihr eine besonders niederträchtige Form der
Ausbeutung. Ich hoffe, dass alle Leserinnen und Leser der metall-
zeitung unsere Aktionen unterstützen, mitmachen und sich damit
aktiv für faire Arbeitsbedingungen einsetzen.

Armin Schild, Bezirksleiter

INTERVIEW...

...mit dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban.

Wie verändern sich angesichts der Krise die Arbeitsbedingungen in den Betrieben?

Urban: Der ökonomische Druck der letzten Jahre und die daraus resultierenden Restrukturierungen haben zu einer höchst problematischen »Blase von Arbeitsbelastung« in den Betrieben geführt.

Wie viele klagen über Belastungen?

Urban: Die IG Metall und der DGB haben ermittelt: Jeder Siebte leidet fast täglich unter Erschöpfungszuständen. Gute Arbeit hat bei den Beschäftigten eine hohe Priorität. Ein Drittel sagt: die Arbeitsbedingungen sind schlecht, bei den prekär Beschäftigten sind es sogar 48 Prozent. Nur jede oder jeder Zweite geht davon aus, unter gegenwärtigen Bedingungen gesund bis zum Rentenalter arbeiten zu können.

Was kann jeder Einzelne, der Betriebsrat und die IG Metall tun?

Urban: Das Ringen um Gesundheit in der Arbeit wird aller Voraussicht nach zu einem zentralen Konfliktfeld werden. Bei den Arbeitgebern verfestigt sich eine »Weiter-so«-Haltung. Viele verweigern eine Mitarbeit an einer Initiative der Humanisierung der Arbeit, sie wollen keine gute Arbeit für ihre Belegschaften. Die IG Metall und ihre Betriebsräte fordern stärkeres Engagement für den Erhalt der Gesundheit und Widerstand gegen die Zumutungen der Ökonomie.

Foto: Wolfgang Raloff

Druck nimmt zu

GUTE ARBEIT ALS KRISENOPFER?

Nach der Krise wächst wie bei Daimler in vielen Betrieben der Arbeits- und Leistungsdruck.

Die Arbeitgeber stellen trotz des Aufschwungs keine neuen Leute fest ein. Leiharbeit und Überstunden nehmen zu. Die Folge: Die Zahl psychischer und psychosomatischer Erkrankungen nimmt zu.

»Die Arbeit wird schneller und eintöniger, da kommen viele nicht mehr mit.« »Der Stress wird immer höher«, sagt ein 46-Jähriger bei Daimler in Wörth. Er arbeitet seit 31 Jahren im Werk.

Mit einer Aktion vor dem Tor im Oktober haben die Daimler-Beschäftigten auf die Situation aufmerksam gemacht. Der Betriebsrat verlangt von der Geschäftsleitung eine andere Unternehmenspolitik und die Begrenzung von Leiharbeit. »Ende Februar läuft eine entsprechende Betriebsvereinbarung aus«, sagt Betriebsratsvorsitzender Ulli Edelmann. »Wir haben eine Betriebsvereinbarung, die eine Quote von acht Prozent vorsieht. Wir wollen mehr Stammarbeitsplätze statt mehr Leiharbeit.« 200 neue Stellen



Aktionstag bei Daimler: Trommeln für gute Arbeit.

fordert der Betriebsrat. Das Arbeitsvolumen müsse besser verteilt werden. Anzeichen, dass die Leute nicht mehr können, gebe es genügend: Der Krankenstand lag zeitweise bei 10 Prozent, in Teilen der Produktion seien sogar bis zu 25 Prozent der Beschäftigten krank. Sollte sich die Geschäftsleitung den Gesprächen über sichere und faire Arbeit verweigern, will der Betriebsrat mit weiteren Aktionen seinen Forderungen Nachdruck verleihen. ■

JAV-Wahlen erfolgreich

Die IG Metall kommt bei den jungen Menschen gut an. Sowohl bei der Mitgliederentwicklung als auch bei den Wahlen zu Jugend- und Ausbildungsververtretungen, die im Herbst in den Betrieben im Bezirk durchgeführt wurden, hat die IG Metall deutlich zugelegt. Bei den JAV-Wahlen stieg die Zahl der Betriebe mit Jugend- und Auszubildenden-Vertretern um 7 Prozent, die Anzahl der gewählten JAVis stieg um

fast 14 Prozent. »Die Interessen der jungen Beschäftigten werden gemeinsam mit der IG Metall konsequent vertreten. Die Themen Zukunftsperspektiven für die junge Generation, Operation Übernahme, Qualität der Berufsausbildung und Leiharbeit sind die Themen, die unsere jungen Mitglieder in den Betrieben bewegen«, sagte Claudia Büchling, Bezirksjugendsekretärin des IG Metall-Bezirks Frankfurt. ■

IN KÜRZE

Auf Erfolg bauen

Bei Rasselstein in Andernach konnte in diesen Tagen das 2000. Mitglied in die IG Metall aufgenommen werden. Die IG Metall Neuwied bedankte sich für die erfolgreiche Mitgliederentwicklung mit drei Rollern, die verlost wurden. In anderen erfolgreichen Betrieben wurden Sachpreise ausgelobt.

Initiative BBZ startet

Der IG Metall Bezirk Frankfurt hat eine Projektgruppe »Beruf – Bildung – Zukunft« ins Leben gerufen, um dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen. In allen vier Bundesländern sollen Landesinitiativen gegründet werden.

Mehr zu BBZ unter:

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de

TBS: Betriebsrats-Messe

Am 15./16. Februar 2011 veranstaltet die TBS Rheinland-Pfalz ihre zweite Messe mit und für Betriebs- und Personalräte, Mitarbeiter- und Jugendvertreter sowie Schwerbehindertenvertretungen zum Thema »Mitbestimmung – ein Erfolgsmodell«. Die Messe findet statt im CongressForum Frankenthal.

Impressum

IG Metall Bezirk Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Straße
9360329 Frankfurt
Telefon 0 69-66 93-33 00
Fax 0 69-66 93-33 14
E-Mail: bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de

Internet:

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de

Redaktion: Jörg Köhlinger (verantwortlich), Simone Ebel-Schmidt